

KOMMENTAR

Gute Wachstumsergebnisse slowakischer Wirtschaft bestätigen heimische und ausländische Prognosen

von Karol Morvay, morvay@mesa10.sk

In den vergangenen Tagen wurden zwei relevante Prognosen der makroökonomischen Entwicklung in der Slowakei herausgegeben: erstens die regelmäßige OECD-Vorhersage mit einer Aussicht für die nächsten zwei Jahre, zweitens die im Währungsprogramm der NBS enthaltene Prognose der Nationalbank der Slowakei bis 2008. Gemeinsamer Nenner beider Berichte ist u.a. die äußerst positive Beurteilung von Wachstumsaussichten der slowakischen Wirtschaft.

Der OECD-Bericht prognostiziert sehr positive Aussichten für mitteleuropäische Länder – die neuen EU-Mitglieder (Tabelle 1). Die besten Wachstumsschancen gibt die OECD der Slowakei, in der das prognostizierte Wirtschaftswachstum knapp 5% erreicht sollte. Die Wachstumsprognose für die Slowakei ist günstiger als in den älteren Berichten der OECD. Auch die Beschäftigungslage sollte sich bessern. Die Inflationsrate sollte 2005 auf 3,6% sinken, da die Auswirkung der Steuerreform und Änderungen regulierter Preise nicht mehr zu spüren sein werden. Die OECD hält die Pläne für den Beitritt der Slowakei zur Eurozone für glaubwürdig, mit Rücksicht auf die Bemühungen der Regierung, den vereinbarten Plan der Senkung von Budgetausgaben einzuhalten. Es wird aber auch nicht eine Revision des BIP Wachstums 2006 nach unten infolge einer möglichen Verzögerung beim Bau der neuen Fahrzeugfabrik KIA ausgeschlossen.

Tabelle 1: Prognose makroökonomischer Parameter nach OECD

	BIP Wachstum		Inflationsrate		Arbeitslosenrate	
	2005	2006	2005	2006	2005	2006
Eurozone	1.9	2.5	1.7	1.8	8.6	8.3
OECD gesamt	2.9	3.1	1.7	1.7	6.5	6.3
Tschechien	4.2	4.1	3.1	3.0	8.3	8.2
Ungarn	3.6	3.5	4.7	4.5	5.7	5.6
Polen	4.3	4.5	3.0	3.4	18.4	17.6
Slowakei	4.8	5.0	3.6	3.1	17.5	16.5

Quelle: OECD

Die Prognose der NBS enthält fast identische Werte des Wirtschaftswachstums wie jene von der OECD und ist im Bereich Inflationsrate sehr ambitioniert. Es wird hier vom BIP-Wachstum in Höhe von 4,9% im Jahre 2005 gesprochen, dieses sollte 2007 bei etwa 5,3% (optimistische Variante) wenn zwei große Investitionen der Automobilindustrie voll zur Geltung kommen, kulminieren. Der größte Sprung makroökonomischer Parameter ist die rapide Senkung der Inflation im Jahr 2005 auf die Hälfte des Wertes von 2004. Grundsatz der Währungspolitik ist die Festlegung eines Zielwertes für die Entwicklung der Inflation. Die NBS definierte ein verbindliches Inflationsziel, dem sie ihr gesamtes Instrumentarium untergeordnet hat (bisher wurden von ihr nur die Aussichten bei der Inflation festgelegt). Bereits 2007 soll die Inflation knapp unter 2% fallen, wodurch diese eigentlich jener in der Eurozone entspräche.

Die vorliegenden Prognosen des Wirtschaftswachstums sind ziemlich ambitioniert, wir halten sie insgeheim jedoch für real. Unsere Erwartungen hinsichtlich des Wirtschaftswachstums für 2005-2006 gehen davon aus, dass der Importanstieg und das schwache Wachstum des Verbrauches der öffentlichen Verwaltung Faktoren sind, die ein starkes Wachstum bremsen werden. Das BIP-Wachstum wird jedoch vom Wachstum des Haushaltsverbrauches und der Produktion des festen Bruttokapitals stark gefördert werden. Die erwartete Beschleunigung des Wirtschaftswachstums in der externen Umgebung kann einen positiven Einfluss auf die Exportentwicklung haben. Daher erwarten wir, dass sich das Wirtschaftswachstum gegenüber 2004 höchstens verlangsamt, dass es aber doch nah an der 5% Marke bleibt.

ÜBERSICHT

KOMMENTAR

Gute Wachstumsergebnisse slowakischer Wirtschaft bestätigen heimische und ausländische Prognosen.....1

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Parlamentsidylle der Minderheitsregierung bei Verabschiedung des Budget.....2
Siebzehnte Runde des erfolglosen Abberufungsrituals.....2
Die Einigung der Linken muss nicht deren Stärkung bedeuten.....2

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

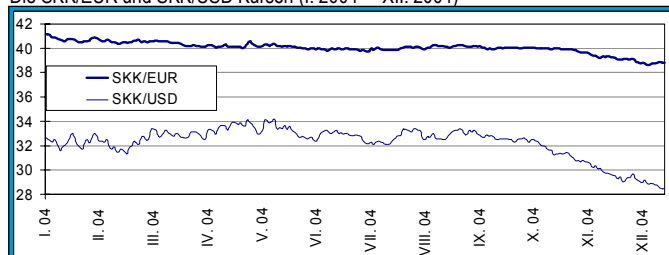
Die V4-Premierminister rufen zur Solidarität in der EU.....3
Der russisch-amerikanische Gipfel in Bratislava.....3
Kurioser diplomatischer Schusswechsel zwischen der Slowakei und Kuba.....3

WIRTSCHAFT

Unternehmen und Umstrukturierung.....3
BIP3
Industrieproduktion und Handel4
Staatshaushalt4
Aussenhandel4
Zahlungsbilanz4
Finanzinstitutionen.....4

ÖKONOMISCHE KENNZIFFERN

Die SKK/EUR und SKK/USD Kursen (I. 2004 – XII. 2004)



Quelle: NBS

	2000	2001	2002	2003	2004*	2005*
BIP-Wachstumstempo**	2,0	3,8	4,4	4,2	5,3	5,1
Inflation (CPI)	12,0	7,1	3,3	8,5	7,6	3,9
Arbeitslosigkeit***	18,6	19,2	18,5	17,4	18,0	17,5
Ausland. Invest. (mill.USD)	2032	1190	3965	870	1200	1700
SKK/USD	46,2	48,3	45,3	36,8	32,3	28,0
SKK/EUR	42,6	43,3	42,7	41,5	40,0	38,0

* die M.E.S.A.10 Vorhersage; **Die Daten revidiert nach ESA95

*** nach der Auswahlermittlung der Arbeitskräfte

Es ist interessant, dass die Prognosen der makroökonomischen Entwicklung einander viel mehr ähneln als früher. Zwischen den Vorhersagen verschiedener Institutionen (OECD, Finanzministerium, NBS-Nationalbank, M.E.S.A.10) gibt es keine ernsthaften Gegensätze. Das hängt wohl mit zwei Faktoren zusammen:

- 1) Erstens ist seit 2001 ein geringeres Maß an Fluktuation makroökonomischer Parameter zu beobachten. Im Vergleich zur Vergangenheit ist die Volatilität makroökonomischer Variablen wesentlich kleiner, was auf die wachsende Reife der wirtschaftlichen Umgebung zurückzuführen ist.
- 2) Das Konvergenzprogramm zwingt die Regierung und die Nationalbank, die Wirtschaft innerhalb eines festgelegten Korridors zu halten, der zur Erfüllung jener für die Einführung der gemeinsamen Währung im Jahr 2009 benötigten Bedingungen führen soll.

Beide Faktoren tragen zur höheren Verlässlichkeit der Prognosen und somit zu verlässlicheren Kalkulationen für Investoren bei.

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Parlamentsidylle der Minderheitsregierung bei Verabschiedung des Budget

Verbesserte Qualität bei Budgetvorbereitung

Im Parlament kam es bei Verabschiedung des Budgets zur Wiederholung eines ähnlichen Szenarios wie bei Verabschiedung der Gesetze der Reform des Gesundheitswesens. Nach dem zu erwartenden Drama und Drohungen der Opposition wurde das Budgetgesetz problemlos angenommen, als ob die Regierung gar nicht in Minderheitsposition gewesen wäre. Diese wurde nämlich wieder von den unabhängigen Abgeordneten unterstützt. Außerdem verlief die Debatte über dieses heikle Gesetz in einer überraschend ruhigen Atmosphäre, die fälschlicherweise als Zeichen höherer politischer Kultur interpretiert werden könnte.

Parlament als Kartellgruppe

Die Annahme des Budgets ist einerseits ein großes Pluszeichen für die Wirtschaftspolitik, beim Blick auf den Mechanismus parlamentarischer Zusammenarbeit überdauert ein bitterer Beigeschmack. Der Vorsitzende der politischen Partei Smer Róbert Fico nannte die Beziehungen von Koalitionsabgeordneten und Unabhängigen „übliche geschäftliche Transaktionen“. Der Politologe Ľuboš Kubín definierte sie treffend als „Kartellabsprachen, die quer durch die Koalition, Opposition, rechte, linke und alle sonstigen klassischen Spaltlinien gehen“, der Vorsitzende des Parlaments und der Koalitionspartei KDĽ spricht vom „brutalen Machtkampf und dem Fehlen von Werten in politischen Parteien“.

Bemerkenswert war das öffentliche Feilschen über Bedingungen, zu welchen die unabhängigen Mandatäre bereit waren, das Budget zu unterstützen. Der altgediente Abgeordnete František Mikloško (Koalitionspartei KDĽ) stellte fest, dass in der Slowakei eine neue politische Dimension Einzug hielt: „Jede Regierung, die einen ausreichenden Geldbetrag zur Befriedigung partieller Interessen von Abgeordneten bereitstellt, wird ohne größere Probleme regieren“. Positivum dieser seltsamen politischen Symbiose sind relativ gute legislative Ergebnisse für die Wirtschaftspolitik.

Siebzehnte Runde des erfolglosen Abberufungsrituals

Ein weiterer Versuch der Opposition, ein Regierungsmitglied abzuberufen, endete wieder erfolglos. Diesmal ging es um die Abberufung des Ministers für Arbeit, Soziales und Familie Ľudovít Kaník. Es wurden zwei Gründe für seine fehlgeschlagene Abberufung vorgebracht.

Der Erste sei die angebliche Nichtbewältigung der Rentenreform. Bisher sind jedoch keine Tatsachen bekannt, die ein solches Argument bestätigen würden. Die Rentenreform wurde zum erwarteten Zeitpunkt angegangen und bis jetzt haben wir keinen Grund, die fachliche Seite bei deren Vorbereitung ernsthafter zu kritisieren. Das Arbeitsministerium wendete in den letzten Monaten ziemlich viel Energie für die Informationskampagne für die breite Öffentlichkeit auf,

Kritiker können gegen die Philosophie der Reform Einwände vorbringen, die Anschuldigung des Ministers, er hätte die Reform nicht bewältigt, halten wir aber für unbegründet. Es geht gleichzeitig um eine Reform, die auch von der negativistisch eingestellten breiten Öffentlichkeit noch relativ positiv bewertet wird.

Der zweite Grund für den Versuch einer Abberufung des Ministers war sein Skandal rund um nicht geleistete Sozialabgaben vor Antritt des Ministerpostens. Minister Kaník zahlte als Unternehmer und Arbeitgeber 1997 bis 1999 Abgaben an die Sozialversicherung für seine Arbeitnehmer nicht ordnungsgemäß und annähernd zum Zeitpunkt seines Amtsantritts wurde ihm das Pönale erlassen. Darüber hinaus kam der Verdacht eines weiteren Erlasses von Pönalen seitens des Nationalen Arbeitsamtes (NÚP) auf – und das sogar zu seiner Amtszeit als Minister und Vorsitzender des NÚP-Vorstandes. Die Bewertung dieser Anschuldigung hat zwei Ebenen: Rechtlich hätte es zu keiner Verfehlung kommen müssen, da jeder Unternehmer das Recht hatte, um Erlass des Pönals zu ersuchen und diesen auch gewährt zu bekommen (bei Entrichtung der Schuld wurde das Pönale auch im Rahmen eines sog. Generalpardons erlassen). Das Problem liegt eher in der moralischen Ebene, wenn das Ressort für Arbeit und Soziales von einer Person geleitet wird, die als Unternehmer keine Abgaben für seine Arbeitnehmer zahlte.

Die Koalition unterstützte den Minister einstimmig, unabhängige Abgeordnete nahmen an der Abstimmung nicht teil. Im Verlauf von zwei Legislaturperioden von Regierungen des Mikuláš Dzurinda war es der 17. Versuch der Abberufung eines Regierungsmitglieds, wobei alle erfolglos waren.

Die Einigung der Linken muss nicht deren Stärkung bedeuten

Durch Integration vom Dritten Weg zur Sozialdemokratie

Die Oppositionspartei Smer vereinte sich mit den kleinen Linksparteien SDSS (Sozialdemokratische Partei der Slowakei), SDA (Sozialdemokratische Alternative) und SDL (Partei der demokratischen Linken). De facto bedeutete dies, dass Smer diese kleinen Parteien verschlang. Auf diese Weise kam es zu der schon länger angekündigten Integration der Linken. Es ist jedoch nicht sicher, ob eine solche Integration auch einer Stärkung gleichkommt.

Smer, der sich selbst bisher unklar als „Dritter Weg“ definierte, fügte ein neues Attribut „Sozialdemokratie“ zu seinem Namen hinzu, ohne sich jegliche Mühe mit einer Neufestlegung seiner Wertorientierung zu geben (das gehört aber zum Standard auf der Politiszenen in der Slowakei). Weder Dritter Weg noch Sozialdemokratie gehören jedoch zu Begriffen, die so locker auszulegen sind, wie Smer es tut.

Auch Parteivorsitzender von Smer Róbert Fico ist nicht von einem direkten Zuwachs an Wählerpräferenzen überzeugt. Smer wollte jedoch das menschliche Potenzial der aufgenommenen Parteien gewinnen. Die Partei erwartet, dass das gewonnene personelle Potenzial zusammen besser in der Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass „es eine Alternative zur jetzigen Rechtsregierung gibt“. Das bedeutet keine Änderung in der Parteiorientierung: „Wir brauchen uns überhaupt nicht zu ändern, wir behalten unsere moderne politische Mittellinksorientierung“.

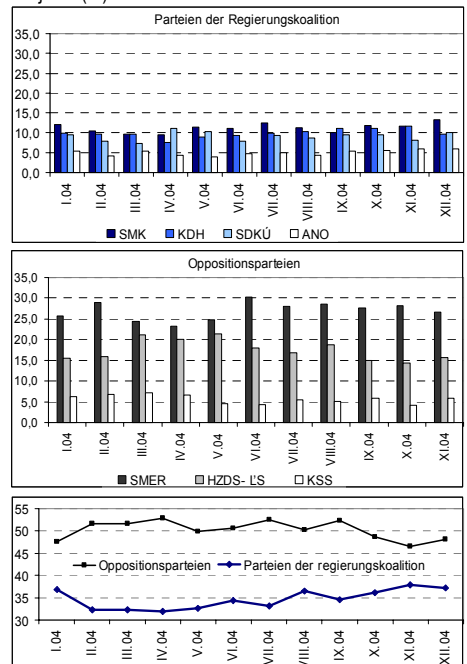
Originalität in Steuersachen: nicht sozialdemokratisch, sondern undurchdacht

Smer kündigt schon sein Längerem den bekannten Plan an, mehrere MWSt.-Sätze und die Progression bei Einkommenssteuern wieder einzuführen, seit neuestem schlägt sie originellere Schritte vor: Eine Sonderbesteuerung von Unternehmen mit dominanter Position auf dem Markt und eine besondere Besteuerung natürlicher Monopole. Diese neuen originellen Elemente halten wir für unhaltbar.

Die Präsenz einer modernen politischen Linken in der Slowakei ist auch aus Sicht von Nichtlinken (z.B. wegen einer vollwertigen Konfrontation von Meinungen über Wirtschaftspolitik). Es kann jedoch bezweifelt werden, ob die Integration von Resten der Linken unter dem Markenzeichen der auf aggressiv interpretierten Populismus bauenden Smer jemals zu so einer vollwertigen Linken führen wird.

MEINUNGSUMFRAGEN

Diagramm 1: Entwicklung der Präferenzen politischer Subjekte (%)



Quelle: Institut für Meinungsumfragen beim Statistikamt der Slowakischen Republik

AUßENPOLITIK UND INTEGRATION

Die V4-Premierminister rufen zur Solidarität in der EU

Die Premierminister der Visegráder Vierergruppe (V4) sind an einer Forderung nach Erhaltung des Solidaritätsprinzips in der EU bezüglich der sog. finanziellen Vorausschau der Union für die Jahre 2007-13 übereingekommen. Auf dem Treffen, das vor allem der Koordinierung ihrer Standpunkte gewidmet gewesen ist, reagierten so die Premieriere dieser Länder auf den Entwurf von Beschlüssen des EU-Gipfels, in dem über Solidarität als leitendem Prinzip der Aufteilung von regionalen Hilfsfonds und besonderen Bedürfnissen der neuen Unionsmitglieder keine Rede ist. Die Streichung der Solidarität wird als Resultat des Drucks von Ländern wie Spanien, Griechenland, Portugal interpretiert, die Einnahmenverluste befürchten. Die Premiere der V4 betonten, dass Solidarität das leitende Prinzip für die Aufteilung der Kohäsionsfonds in der erweiterten Union sein sollte.

Nach Ansicht der Premiere der V4 ist die Entwicklung rückständiger Teile der EU für die Erfüllung der Lissabonstrategie – des Ziels der EU, ihrer Konkurrenzfähigkeit im globalen Maß zu erhöhen, von Wichtigkeit. Die V4 Länder werden bei der finanziellen Vorausschau für 2007-2013 eine Vorgehensweise wählen, die ihnen eine allmähliche Angleichung des Wohlstands an jenen der höchst entwickelten Länder ermöglicht.

Gesprächsgegenstand war auch der Budgetplan der Union für 2007-2013, welcher wegen der Bemühungen sog. Nettozahler (Länder, die mehr in das EU-Budget einzahlen, als sie davon beziehen) die Abgaben auf ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes der Union zu senken (jetziges Niveau ist 1,24%) Zankapfel ist. Es ist natürlich nicht im Interesse neuer Mitgliedsländer, diese Grenze zu senken. Die V4-Premierminister bekundeten ihr Interesse an einer Flexibilisierung des Umverteilungssystems der Mittel und einer Möglichkeit, die bisherige Grenze der empfangenen Förderung über 4% des BIP des Empfängerlandes zu überschreiten.

Unternehmen und Umstrukturierung

Eintritt Enels in die Slowakischen Elektrizitätswerke (Slovenské elektrárne) von Regierung beim 3. Versuch genehmigt

Die einige Monate dauernde Diskussion darüber, ob gegen die Gesellschaft Slovnaft, a.s. Bratislava (dominanter Produzent und Weiterverkäufer von Brennstoffen auf Kohlenwasserstoffbasis) in Bezug auf

BIP

BIP-Wachstum in Industrie übertrifft Gesamtwirtschaftswachstum ums Doppelte

In den ersten drei Quartalen wurde ein starkes Wachstum des BIP in den Zweigen des primären und sekundären Sektors verzeichnet. Schon das dritte Jahr in Folge ist ein starkes BIP-Wachstum in Produktionsbranchen und eine äußerst differenzierte Entwicklung im Dienstleistungssektor festzustellen.

In allen Bereichen von Nichtmarktdienstleistungen gab es einen starken Rückgang der BIP-Produktion. Die Entwicklung von Marktleistungen ist äußerst unterschiedlich: Intensives Wachstum bei der Finanzvermittlung (bis 60,5%) ist im scharfen

Als Eigenart ist hier eine gewisse Doppelgleisigkeit beim Zutritt zur Solidarität hervorzuheben: In den V4 Ländern (und vor allem der Slowakei) ist die Wirtschaftspolitik bemüht, das Maß an Solidarität mit Absicht einzuschränken; die Politik des Zusammenhalts ist nicht „im Kurs“, dabei verlangen diese Länder auf EU Ebene die Steigerung der garantierten Solidarität. Dies ist jedoch durch die Nutznießerrolle der neuen Mitglieder aufgrund der europäischen Solidarität, logisch begründet. Aus rein wirtschaftlicher Sicht muss jedoch die Behauptung, die beim Treffen der Premierminister aufgestellt wurde, nach der die „Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit auf Kosten des Zusammenhalts nicht möglich ist“, nicht wahr sein.

Der russisch-amerikanische Gipfel in Bratislava

Der amerikanische und der russische Präsident George W. Bush und Wladimir Putin treffen sich am 24. Februar in Bratislava. Der Präsidentengipfel in der Slowakei, bei dem Putin einen offiziellen Besuch des Landes abstattet, ist die zweite Begegnung des amerikanischen und russischen Staatsoberhauptes seit der Wiederwahl von Bush im November. Nach Staatspräsident der SR Ivan Gašparovič sei dies ein bedeutendes Signal hinsichtlich der Rolle der Slowakei in der internationalen Politik und die Bestätigung dessen, dass die Slowakei ein verantwortungsvoller und verlässlicher Partner sei.

Die Entscheidung des amerikanischen Präsidenten die Slowakei zu besuchen ist wohl auch eine Geste der Wertschätzung der eindeutigen Haltung der Slowakei zum Terrorismus aber auch zum Krieg in Afghanistan oder der Irakkrise. Es ist auch ein Zeichen des Vertrauens, dass die Slowakei imstande ist, ein

solches Treffen zu organisieren (die Slowakei veranstaltete 2004 mit Erfolg bedeutsame multilaterale Treffen – z.B. die Parlamentarische Versammlung der NATO) und ein Signal, dass die Slowakei als würdiger Partner in der Außenpolitik gilt.

Kurioser diplomatischer Schusswechsel zwischen der Slowakei und Kuba

Die Aktivitäten des Nationalratsvorsitzenden der SR Pavol Hrušovský hinsichtlich der Klärung des Schicksals des kubanischen politischen Häftlings Luis Ferrero stießen auf eine inakzeptable Reaktion seitens Kuba. Die kubanische Botschafterin in der Slowakei attackierte den Parlamentsvorsitzenden auf ungewohnt scharfe Weise, als sie ihm schrieb, dass „die Würde und Moral des Volkes und der Regierung von Kuba hoch über der Erbärmlichkeit jener wie Sie stehen ... wir bringen unsere Überzeugung zum Ausdruck, dass slowakische Bürger zur rechten Zeit beurteilt werden, wie Sie Ihr parlamentarisches Mandat, das sie Ihnen verliehen hatten, zur erbärmlichen Manipulation benutzen“.

Das Schreiben ist eine Verletzung diplomatischer Ethik und Beleidigung eines der höchsten slowakischen Vertreter des Staates. Botschafterin Caridad Yamiri Cueto Milián erhielt wahrscheinlich aus höchsten kubanischen Kreisen die Anweisung, gegen Personen, die sich für die Unterdrückung der persönlichen Freiheit auf Kuba interessieren, hart aufzutreten. Dieser Wortschatz wird aber in der Diplomatie nicht benutzt, nicht einmal im Falle äußerst frostiger Beziehungen zwischen Ländern. Das Außenministerium reagierte mit einer Vorladung der Botschafterin und der Aufforderung, auf den unannehmbaren Wortschatz zu verzichten. Die Reaktion der Slowakei war nicht härter, auch angesichts der Tatsache, dass Kuba das einzige lateinamerikanische Land mit einer Botschaft in der SR ist.

unangemessene Preise eingegriffen werden könne, führte zu einer Kontrolle seitens des Finanzministeriums der SR. Das Ergebnis ist die Erteilung einer hohen Strafe von 1,352 Mld. SKK für die Verrechnung ungerechtfertigter Kosten und unangemessenen Gewinns durch diesen dominanten Marktplayer.

Die Kontrolle wurde von einer Kommission bestehend aus Vertretern des Finanzministeriums, des Kartellamtes der SR sowie der Chemietechnologischen Fakultät der Slowakischen technischen Universität durchgeführt. Ein geringerer Teil der Strafe betrifft ungerechtfertigte Kosten in den Jahren 2002 und 2003, der größere aber den unverhältnismäßigen Gewinn 2004.

Gegensatz zur Stagnation im Transport oder dem Rückgang in der Gastwirtschaft (-2,1%).

Das Wachstum von Industrie, Landwirtschaft und Bauwesen ist etwa doppelt so groß wie die Zahlen in der gesamten Wirtschaft.

BIP-Wachstum in der gesamten V4 Ländergruppe mit gesteigerter Bruttokapitalproduktion verbunden

Ein auffallend ähnliches Merkmal des BIP-Wachstums in V4 – Ländern ist der starke Anstieg der Bruttokapitalproduktion. Die Beschleunigung der Bruttokapitalproduktion in

der Slowakei von 4,4% im ersten Quartal auf 16,9% im Dritten ist beim Vergleich mit der Entwicklung in Tschechien, Polen und Ungarn nichts Besonderes, sondern eher ein gemeinsames Merkmal. Die Bestandteile des Endverbrauches steigen viel langsamer. Diese Entwicklung ist jedoch völlig logisch: Der Beitritt dieser Länder zur EU wird von einer Investitionsexpansion begleitet, die u.a. durch den Bedarf massiver Investitionen im Interesse der Erfüllung von EU-Normen gefördert wird sowie die Inanspruchnahme von Mitteln aus EU-Fonds, das Eintreffen neuer Investoren und den Bedarf nach einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen.

Industrieproduktion und Handel**Leistungsanstieg im Bauwesen wird erwartet**

Die Entwicklung der Bilanz von Nichtfinanzinstituten war im dritten Quartal günstiger als im ersten Halbjahr. Der Gewinnzuwachs um 31,6% war durch einen bedeutenden Vorsprung des Ertragswachstums (7,1%) vor dem Kostenanstieg (5,6%) bei einem Zuwachs an Mehrwert um 10,0% erreicht (alles in laufenden Preisen). Innerhalb von 3 Quartalen 2004 wurde ein Anstieg der Bilanz um 12,7% (darin ist die Industrie als Ganzes mit 12,5%, die industrielle Produktion mit 11,9% und der Groß- und Einzelhandel um 16,9% enthalten) erreicht.

Das zwischenjährige Wachstum der Produktion in der Industrie verlangsamte sich im Oktober auf 0,2%, davon in der Industrieproduktion selbst auf 0,3%.

Das Tempo des zwischenjährigen Wachstums der Bauproduktion erfuhr im Oktober eine Beschleunigung. Im Vergleich zu Oktober 2003 erhöhte sie sich um 13,7%. 2005 sollte die Baubranche einen beträchtlichen Aufschwung erfahren. Der Bau des Betriebs PSA Peugeot Citroen bei Trnava wird auf Hochtouren laufen, die Arbeiten am Gelände des künftigen Betriebs

von Kia Motors bei Žilina werden in Schwung kommen. Dabei gibt es Informationen über den Bau einiger Vergnügungszentren oder kleinerer Betriebe. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur werden auch wesentlich anwachsen. Anstatt der diesjährigen 9,5 Mld. SKK werden für den Bau von Autobahnen und Schnellstraßen bis zu 18 Mld. SKK veranschlagt. Es ist wichtig, dass sich diese Aktivitäten nicht auf die Region der Hauptstadt konzentrieren werden, im Gegenteil, es kommen mehrere Industrie- und Verkehrsbauten in unterschiedlichen Regionen der Slowakei hinzu.

Staatshaushalt**Staatsbudget 2004 vorläufig mit einem Defizit von 70,28 Mld. Sk**

Anfang Dezember betrug das Defizit des Staatshaushalts 35,681 Mld. Sk. Bis Ende Dezember stieg das Defizit annähernd um jenen Wert, der in den ersten 11 Monaten des Budgetjahres erreicht wurde, mit einem vorläufigen Wert von 70,28 Mld. Sk. Gegenüber dem verabschiedeten Budgetdefizit für 2004 ist dieser um 8,215 Mld. Sk niedriger. Die Verringerung des Defizits wurde laut Finanzministerium der SR vor allem durch die verbesserte Steuereinnahme verursacht sowie geringere Ausfälle bei Steuereinnahmen angesichts des Beitritts der SR zur EU als angenommen und die nicht vollständige

Ausschöpfung von Mitteln aus einigen Kapiteln des Staatshaushalts.

Im Staatshaushalt 2004 wurden nach vorläufigen Angaben Einnahmen von 242,436 Mld. Sk erzielt, um 4,5% mehr als im verabschiedeten Staatsbudget 2004 angenommen, vor allem dank der Steuereinnahmen, deren Einhebung um 7,29% besser war und eine vorläufige Höhe von 209,48 Mld. Sk erreichte. Der größte Anstieg im Vergleich zum verabschiedeten Staatshaushalt wurde bei der Einkommenssteuer natürlicher Personen verzeichnet, und zwar um 35,6% sowie der Körperschaftssteuer, um 34,6%. Bei der Mehrwertsteuer und Verbrauchssteuer wurden

die erwarteten Einnahmen um 7,79% überschritten und erreichten 142,975 Mld. Sk. Die einzige Steuer, bei der das für 2004 verabschiedete Volumen erreicht wurde, war die Kapitalertragssteuer mit nur 49,78%. Nichtsteuerliche Einnahmen erreichten eine vorläufige Höhe von 32,955 Mld. Sk, das beträgt 89,7% des verabschiedeten Budgets. Davon erreichten Einnahmen aus dem EU-Budget nur 31,73% von den erwarteten 14,232 Mld. Sk, mangels ausreichender Ausschöpfung von Mitteln aus europäischen Fonds. Die Ausgaben des Staatshaushalts 2004 erreichten nach vorläufigen Angaben ein Niveau von 312,716 Mld. Sk und überschritten die erwarteten Ausgaben des Staatshaushalts um 0,73%.

Aussenhandel**Oktoberwachstum bei Importen überraschend niedrig**

Vorläufige Zahlen des Statistikamtes für den zehnten Monat des Jahres brachten eine Überraschung in Gestalt einer zwischenjährlichen Importdynamik von nur 8,6%. Sein nomineller Wert erreichte 84,6 Mld. Sk. Da der Export zwischenjährlich um solide 8,9% (etwas mehr als um den erwarteten Wert innerhalb der Spanne von 7-8%) auf 82,6 Mld. Sk wuchs, ist das Resultat das niedrigste Defizit in den letzten 5 Monaten (2 Mld. Sk),

das ist praktisch das gleiche Niveau wie im Oktober 2003.

Nach Einrechnung vorläufiger Oktoberwerte erreichte das 10-monatige Defizit 26 Mld. Sk. Sein 12-monatiger kumulativer Wert stellte 32,8 Mld. Sk dar.

Da ähnliche nachträgliche Abänderungen von Zahlen auf für die anderen Monate zu erwarten

sind, ist die genaue Höhe des Defizits am Jahresende nur schwer abzuschätzen. Unsere Schätzung aus dem Vormonat korrigieren wir jedoch innerhalb einer Spanne von 40-45 Mld. Sk (beziehungsweise 3,1 – 3,4 % des BIP), wobei das Defizit die Obergrenze dieser Spanne im Fall einer Umbewertung des überraschend niedrigen Oktoberdefizits in Richtung nach oben erreichen kann ...

Zahlungsbilanz**Laufendes Konto stabilisiert sich**

Die bisherige Entwicklung des laufenden Kontos der Zahlungsbilanz bestätigte die Erwartungen zu Jahresbeginn – die Verschlechterung der Handelsbilanz (Anstieg des Defizits infolge steigenden Verbrauchs der Haushalte und einer schlimmeren Exportdynamik im Vergleich zu 2003), der Ertragsbilanz (Anstieg des

Defizits) und laufender Transfers (Überschussrückgang wegen verspäteter Zahlungen aus EU-Budgets gegenüber Einzahlungen in die Unionsbudgets) sowie die Verbesserung der Bilanz bei Dienstleistungen (Anstieg des Überschusses in Folge steigender

Nutzung von Haus-, Rechts-, Buchhaltungs- und Beratungsdiensten).

Ende 2004 erwarten wir eine Steigerung des Defizits auf dem laufenden Konto auf 40 Mld. Sk, knapp über 3% des BIP.

Finanzinstitutionen**„Zeitbombe geht hoch“ – FM der SR muss ČSOB-Forderung gegenüber der SR bezahlen**

Die Slowakische Republik hat ein Schiedsverfahren mit der ČSOB Bank verloren, welches vom Internationalen Zentrum für Lösung von Streitigkeiten aus Investitionen (ICSID) in Washington geführt wurde und muss 24,7 Mld. Sk bezahlen. Das

Schiedsverfahren betraf Forderungen der ČSOB Bank gegenüber der Slovenská inkasná (SI) im Besitz des Finanzministeriums der SR. Die SI wurde zusammen mit der Česká inkasná (ČI) 1993 zur Übernahme schwer eintreibbarer Kredite von der ČSOB gegründet. Das FM der SR hat 16 Mld. Sk aus staatlichen Finanzaktiva zur Abzahlung der Verbindlichkeit bereitgestellt,

weitere 9 Mld. sollten entweder aus Privatisierungseinnahmen oder durch eine Erhöhung des Defizits auf Bargeldbasis im Jahr 2005 oder in Form einer Vereinbarung mit der ČSOB über Ratenzahlung finanziert werden. Nach ESA Methodik 95 erhöht der zuerkannte Betrag das Defizit im Jahr 2004 einmalig höchstens um 1,9% des BIP auf ein Niveau von 5,7% des BIP.